

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **42 (1962-1963)**

Heft 7

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

SALAMITAKTIK IN BERLIN

Der Begriff der «Salamitaktik» stammt aus Ungarn. Er bezieht sich bekanntlich weder auf das Herstellungsverfahren noch auf die Verkaufsmethode dieser vorzüglichen ungarischen Wurstart, sondern bildet ein Symbol für ein bestimmtes politisches Vorgehen, um den jeweiligen Gegner in zäher Kleinarbeit zu besiegen. Vielleicht ist es auch angebracht, daran zu erinnern, daß es sich um einen stalinistischen Begriff «par excellence» handelt, denn sein Schöpfer und erster Exponent war jener oberste Kerkermeister des ungarischen Volkes, der diese stolze Nation in den Abgrund der Tragödie des Jahres 1956 gestoßen hatte — *Matyas Rakosi*. Er hat den Wert der «Salamitaktik» so interpretiert, daß es eine Kleinarbeit ist, bei der man dem politischen Feind «Tag um Tag eine Scheibe (seiner Einflüsse und Rechte) abschneidet» und somit einen «pausenlosen Zermürbungskampf» führt.

Die Sowjets handeln in dem Ringen um Berlin seit Jahren haargenau nach diesem Rezept. 1948 hatten sie die deutsche Kommunalbehörde für ganz Berlin gespalten und damit die erste Scheibe vom Viermächtestatus abgeschnitten. Dann wandten sie die bereits zum ersten Male mit Erfolg erprobte Salamitaktik auf die Alliierte Kommandantur an. Später erfolgte die Etablierung der sowjetzonalen Regierung in Ostberlin, das zunächst «demokratischer Sektor» hieß und allmählich in die «Hauptstadt der DDR» umgetauft wurde. Nach diesem gelungenen Schritt währte einige Jahre hindurch ein relativer Stillstand, weil die inneren Wirren und Machtkämpfe um die Nachfolge Stalins die Kontinuität der Berlinoffensive unterbrochen haben. Bis dann Chruschtschew im Besitz der Alleinherrschaft an die Vollstrek-

kung des Testamentes herantrat. Und wiederum kamen keine großen Vorstöße, sondern kleine Bewegungen, bei denen aber die Viermächte wurst immer kürzer und kürzer wurde. Als dann der fatale 13. August 1961 folgte, an dem der Ostsektor der Viermächtestadt brutal und ohne jeden Widerstand der übrigen drei Partner der völkerrechtlichen Vereinbarungen militärisch und staatsrechtlich annektiert wurde, haben Amerika, England und Frankreich nur noch einen winzig kleinen Rest der Berliner Salami der Firma Stalin-Roosevelt-Churchill und dem «Junior-Partner» Charles de Gaulle behalten. Dieser Rest bestand im wesentlichen darin, daß die Russen noch immer einen Stadtkommandanten in Ostberlin hielten, bei dem man, wenn auch meistens erfolglos, protestieren konnte und somit eine Formel für die Selbstbetäubung des eigenen politischen Instinktes und Gewissens besaß. Außerdem gab es auf der gleichen Viermächtegrundlage die sowjetische Präsenz in der Alliierten Luftsicherheitszentrale im amerikanischen Sektor, im Kriegsverbrechergesängnis von Spandau und dem Kriegerdenkmal der Roten Armee inmitten des Tiergartens — beides im britischen Sektor.

Am 22. August 1962 hat Chruschtschew sein Expansionsmesser auf das letzte Stück der Berliner Salami angesetzt und es in einem Zug abgespalten. Der Schnitt galt, um im Bilde zu bleiben, dem Stück des Viermächtestatus, das die Existenz der sowjetischen Kommandantur in Ostberlin zum Inhalt hatte. An jenem Tag wurde in Moskau ein Communiqué bekanntgegeben, in dem es hieß: «Das Ministerium für Verteidigung der UdSSR hat entsprechend einem Beschluß der Sowjetregierung Befehl erteilt,

die Kommandantur der Garnison der sowjetischen Truppen in Berlin aufzulösen.» Diesen Schritt haben die Sowjets unter anderm in üblicher Weise begründet: «Die Auflösung der Kommandantur der Garnison der sowjetischen Truppen in Berlin entspricht voll und ganz der konsequent von der Sowjetunion verfolgten Politik zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges in Europa, zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und zur Normalisierung der Lage in Westberlin auf dessen Grundlage.» Um die Westmächte nicht im unklaren über die damit geknüpften Pläne zu lassen, fügte der Kreml dem Communiqué folgenden Abschnitt bei: «Die Vertreter der Militärbehörden der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Westberlin sind davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Fragen, die mit der Kontrolle des Personen- und Güterverkehrs der Garnisonen der USA, Großbritanniens und Frankreichs von und nach Westberlin, mit der Bewachung der deutschen Hauptkriegsverbrecher in Spandau und mit dem Schutz des Ehrenmals der Sowjetsoldaten im Tiergarten zusammenhängen, zeitweilig der Befugnis des Stabes der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland unterstehen.»

Damit ist in der politischen Schlacht um Berlin ein neues Kapitel eingeleitet worden, denn durch die Auflösung des Amtes eines Berliner Kommandanten ihrer Besatzungstruppen haben die Sowjets gegenüber den alliierten Behörden von Westberlin ein Vakuum gebildet. Alle Versuche der Westmächte, die darauf gerichtet waren, den sowjetischen Botschafter Perwuchin — der formell ähnlich wie die drei westlichen Botschafter in Bonn ein Oberkommissar ist — auf die aus der Berliner Lage entstehenden Aufgaben festzulegen, sind durch den konsequenten Widerstand der Sowjets schon im Keime erstickt worden. Dennoch haben sich die Westmächte mit dem neuen Sachbestand bereits so weit abgefunden, daß sie im Falle der Streitigkeiten um die Modalitäten der Wachablösung am sowjetischen Kriegerdenkmal in Westberlin den von Moskau vorgeschriebenen neuen Weg für den diplomatischen Verkehr benutzt haben. Denn von

nun an steht den Westalliierten die einzige mögliche Kontaktnahme mit den Sowjets via ihre Militärmissionen in Potsdam zur Verfügung. Die Sowjetunion wiederum macht von ihren militärischen Vertretungen bei den jeweiligen Hauptquartieren der Amerikaner in Heidelberg, der Franzosen in Baden-Baden und der Engländer in Mönchen-Gladbach Gebrauch. Das ist eine sehr umständliche Prozedur. Die westlichen Militärmissionen sind, wie gesagt, in Potsdam akkreditiert, aber das sowjetische Hauptquartier befindet sich in Wünsdorf-Zossen; Potsdam liegt weiter westlich von Berlin, und der Sitz des Hauptquartiers ist viel weiter südöstlich von Berlin entfernt. Allein schon diese Tatsache würde einen normalen Dienstverkehr erschweren. Es kommt noch der Umstand hinzu, daß die Beziehungen zwischen den westlichen Militärmissionen in Potsdam und ihren übergeordneten Behörden in Westberlin praktisch nur durch Kuriere aufrechterhalten werden können. Aber die Sache hat einen ganz anderen Haken, nämlich die Verschiebung der rechtlichen Kompetenzen und die Verlagerung der Zuständigkeiten von den Vier-Mächte-Institutionen, die nach dem Krieg für Berlin geschaffen wurden, auf die später entstandenen Behörden, die, streng genommen, dem Warschauer Pakt und der NATO unterstehen. Mit anderen Worten, die sowjetische Salami-taktik war in der jüngsten Zeit nicht nur von der Idee der Zerstörung des bisherigen Systems beseelt, sondern sie orientierte sich bereits nach der Schaffung neuer Grundlagen, die dem Konzept Chruschtschews von der Herstellung eines Bilateralismus zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO einen kleinen Vorsprung sichern sollte. Allerdings haben die Westmächte und vor allem die pragmatisch denkenden Amerikaner dieses sowjetische Spiel erleichtert, indem sie unvorsichtigerweise im Frühjahr 1962 Potsdam als Verhandlungsstätte für Berlin-Probleme zugelassen hatten und wenige Wochen vor der Auflösung der sowjetischen Kommandantur in Berlin den Oberbefehlshaber der Sowjettruppen in Ostdeutschland, General Jakubowski, zu sich in das Hauptquartier nach Heidelberg eingeladen hatten.

Der gefährliche Vertrauensschwund

In der zweiten Augushälfte 1962 sind zum ersten Male in der Nachkriegsgeschichte Berlins Steine und Flüche gegen Amerikaner gefallen. Der äußere Grund zu dieser anti-amerikanischen Kundgebung der Westberliner Demonstranten bildete das passive Verhalten der amerikanischen Soldaten an jenem 17. August, als an der Berliner Mauer ein angeschossener 18jähriger Flüchtling namens Peter Fechter verblutete und starb. Ein böses Gerücht, das bis zum heutigen Tage weder voll bestätigt noch ausdrücklich dementiert werden konnte, besagte, daß der zuständige amerikanische Offizier an dieser Stelle der grausamen Grenze völlig gleichgültig erklärt haben soll «Das geht uns nichts an». Aber der Tod Fechters war nichts anderes als ein Zünder, der das seit langer Zeit aufgestaute Mißtrauen und das ganze Unbehagen, das man seit Monaten spürte, kurz und gut die Unzufriedenheit mit der Berlin-Politik der Kennedy-Administration zur Explosion brachte. Die andere extreme Kundgebung, der den geistig-politischen Strapazen nicht mehr gewachsenen Nerven der Westberliner, hat sich in den zur gleichen Zeit erfolgten Ausschreitungen gegen die in Westberlin auftauchenden Sowjets manifestiert. Sie waren natürlich und selbstverständlich viel massiver und eindeutiger, als die anti-amerikanischen Demonstrationen. Als Objekt dieser Ausschreitungen kamen in erster Linie Rotarmisten, welche täglich zur Ablösung von Wachen am sowjetischen Kriegerdenkmal im Stadtteil Tiergarten im britischen Sektor transportiert wurden. Dieses 1946 errichtete Denkmal sollte nach sowjetischer Absicht inmitten des westlichen Besatzungsgebietes den Deutschen und den Alliierten sozusagen zur ewigen Erinnerung werden, daß die Sowjets die Stadt erobert hatten und sie sich als die wirklichen Sieger und Herren Berlins fühlen. Den Briten fiel das offensichtlich in den Honigmonaten der Allianz mit Onkel Joe nicht auf, und sie sind bereitwillig ein Gentleman-Abkommen mit den Sowjets eingegangen, wonach die Rote Armee das Recht hatte, ein kleines Kontingent für die tägliche Ehrenwache zu stellen. Solange Ber-

lin keine Mauer hatte, vollzog sich die tägliche Ablösung ohne Komplikationen. Auch der damalige Weg über das Brandenburger Tor zu dem nahegelegenen Denkmal in einer unbewohnten Landschaft wirkte sich dämpfend aus. Seit der Errichtung der Ulbricht-Mauer, die die traditionellen Übergänge unter dem Wahrzeichen Berlins — dem Brandenburger Tor — abschnürte, nahmen die sowjetischen Wachsoldaten den Weg über den Ausländer-Übergang an der Friedrich-/Ecke Kochstraße und fuhren mit einem Omnibus über weite Teile des amerikanischen und britischen Sektors und benutzten zum Teil Straßen in den dicht bewohnten Bezirken. Die Alliierten hegten schon seit langer Zeit Befürchtungen, daß dies eines Tages Anlaß zu Zwischenfällen bilden könnte. Dies ist im August 1962 Wirklichkeit geworden.

Die Sowjets wußten natürlich schon auf Grund der Verhaltensweise der amerikanischen Militärpolizei und der Westberliner deutschen Schutzpolizisten, daß die Ausschreitungen gegen ihre Soldaten nicht geduldet werden. Aber sie nutzten die Gelegenheit dazu aus, um inmitten Westberlins militärische Demonstrationen zu veranstalten. So haben sie vom 21. August, einen Tag nach den Ausschreitungen, ihre Wachsoldaten nicht mehr mittels eines Omnibusses, sondern mit drei Schützenpanzerwagen transportiert. Diese tägliche militärische Kavalade der Rotarmisten durch Westberlin bedeutete eine schwere Belastung für die Alliierten, die sich so etwas gefallen lassen mußten und dadurch mit jedem Tag in den Augen der Westberliner an Prestige und Ansehen einbüßten. Die Lage wurde geradezu unerträglich, als die Sowjets am 1. September die gewöhnlichen Schützenpanzerwagen im Osten ließen und nunmehr mit drei schweren Panzerfahrzeugen in Westberlin erschienen. Die Herausforderung wurde derart grob, daß die Alliierten nicht mehr passiv bleiben konnten, um die Stimmung der Bevölkerung nicht noch mehr zu verschlimmern. So hat man sich nach Beratungen mit den Regierungen und zuständigen Militärbehörden der drei Westmächte auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt — was leider zur Seltenheit gehört

— und den Sowjets eine Art von Ultimatum gestellt. Die Bedingungen, welche am Sonntag, den 2. September, den Sowjets zur Kenntnis gebracht wurden, lauteten, daß die drei Westmächte den Rotarmisten einen anderen Zugangsweg anheimstellen, und zwar den über den britischen Sektor von der Invalidenstraße, das heißt den von den bestehenden Übergängen durch die Mauer, kürzesten Verbindungsweg zum Denkmal. Darüberhinaus ist es eine Route, die durch eine menschenleere Gegend führt und schon deshalb die von den Sowjets beabsichtigte propagandistische Wirkung verfehlt. Die Frist der ultimativen Forderung, die allerdings von den Alliierten der Bevölkerung nicht vorzeitig bekanntgegeben worden war, weil man offensichtlich nicht sicher war, wie die Sowjets reagieren werden, lief am Dienstag, den 4. September, ab. Die Sowjets zögerten mit der Stellungnahme bis zum Abend des genannten Tages. Während sie früher ihre Wachen in der Mittagszeit ablösten, ließen sie diesmal bis zur Dämmerung auf sich warten, aber sie haben sich dem dringenden Wunsch der Alliierten gebeugt. Von nun ab benutzen sie die neue Route. Aber noch immer ließen sie ihre Soldaten in den Kriegsfahrzeugen bringen, was auf die Dauer den zweifellos errungenen Prestigeerfolg der Westmächte in Frage stellte. Am 13. September haben die zuständigen britischen Behörden den sowjetischen Konvoioffizieren beim täglichen Weg zum Denkmal mitgeteilt, daß die Benutzung von Militärfahrzeugen einer alliierten Macht im Sektor der anderen Macht die Zustimmung des jeweiligen Sektorkommandanten benötigt und die Sowjets, ohne eine solche Bewilligung, vom nächsten Tag ab auf die militärischen Transportmittel verzichten müßten. Auch diese Forderung ist von den Sowjets erfüllt worden. Dadurch haben die Westmächte ihre politische Reputation, die im August des Jahres den bisher tiefsten Punkt erreicht hatte, ein wenig aufbessern können. Aber das frühere Vertrauen der Westberliner Bevölkerung zu den Schutzmächten ist nicht mehr wiederhergestellt worden. Das ist ein schwieriger Prozeß, der nur dann mit Erfolg gekrönt werden könnte, wenn die Westmächte mit einigen spektaku-

lären Aktionen ähnlicher Natur, wie sich das im Konflikt um die Wachablösungen am Sowjetdenkmal zeigte, der sowjetischen Besatzungsmacht spürbare Prestigeniederlagen zufügen würden. Unter den gegebenen Verhältnissen ist das jedoch eher ein Wunschdenken als eine reale Möglichkeit, denn man sieht weder die Situationen noch die sachlichen Bereiche, die eine solche Möglichkeit bieten könnten. Die Entscheidung, die im Zusammenhang mit der sowjetischen «Denkmalspflege» fiel, war streng genommen leicht zu fassen, weil es sich um eine grobe sowjetische Einmischung in die Fragen Westberlins handelte.

All dies scheint von den hiesigen Vertretern der westlichen Schutzmächte genau beobachtet und auch richtig empfunden zu werden, und sie würden dafür eintreten, daß ihre Regierungen ihnen mehr Spielraum bewilligen, damit man sich für die Auflösung der Kommandantur in gebührender Weise revanchiert und den Westberlinern mehr Widerstand und Mut als bisher zeigt. Aber die regierenden Kreise in den weit entfernten Hauptstädten der Schutzmächte denken anscheinend anders darüber. Soweit man von hier aus übersehen kann, werden die Berlinpläne mit eisigem Kalkül, unter Ausschaltung der geistig-politischen und emotionalen Faktoren, erwogen, immer mit der Komponente, daß die Westberliner ja keinen anderen Ausweg als das absolute Vertrauen auf die Schutzmächte haben und ergo ihre seelischen Fluktuationen für den politischen Kern der Auseinandersetzung von sekundärer Bedeutung sind. Das ist ein gefährliches Denken, das dazu führen kann, daß man eines Tages eine Stadt verteidigen möchte, die sich nicht mehr verteidigen will, weil der defaistische Bazillus die vitalsten Zellen des Organismus schon zerfressen hat.

Die unerquickliche Situation schafft den regierenden Kreisen des Westberliner Senats Sorgen, und sie müssen, um das Vertrauen bei der Bevölkerung nicht zu verlieren, sich aber zugleich mit den Alliierten nicht zu überwerfen, einen Zick-Zack-Kurs verfolgen, der die beiden Seiten nicht zufriedenstellen kann und laufend neue Konflikte erzeugt. Einmal sind die Alliierten unzufrie-

den, weil der Regierende Bürgermeister Willy Brandt Ideen entwickelt, die dem strengen Legalismus und den SOS-Appellen an den Viermächtestatus Abbruch tun, ein anderes Mal rebelliert die Öffentlichkeit, weil sie aus dem Schöneberger Rathaus keine neuen Ideen erhält oder sogar eine allzu opportunistische Kollaboration mit den Schutzmächten wittert. Obendrein wirft schon der kommende Wahlkampf — das Westberliner Parlament soll im Februar 1963 gewählt werden — seine Schatten auf die Tagespolitik. Die gegenseitigen Beschuldigungen, die sich die Mehrheitspartei SPD und die mit ihr durch eine Koalition gebundene Minderheit CDU seit kurzer Zeit an den Kopf werfen und dabei von ihren in umgekehrter Position in Bonn sich befindlichen mächtigen Patronen unterstützt werden, nehmen überhand, was wiederum die Konzentration des politischen Willens und die Widerstandskraft der belagerten Stadt beeinträchtigt.

Das «kubanische Moratorium»

Inmitten einer solchen an sich für die Westmächte ungünstigen Lage kam der theatrale Coup Chruschtschews in der Kuba-Frage, der die überraschende Mitteilung eines neuen, wenn auch nur vorübergehenden, so doch offenkundigen Moratoriums hinsichtlich eines separaten Friedensvertrages und der damit verbundenen Schwierigkeiten zum Inhalt hat. Die Ausrede Chruschtschews, er wolle die amerikanischen Kongreßwahlen im November abwarten, ist sowohl grotesk wie auch fadenscheinig. Noch nie hat sich ein sowjetischer Staatsmann durch innenpolitische Ereignisse im Lande des Gegners wie ein Gentleman verhalten, sondern nutzte die Kalamitäten des Widersachers nach den klassischen Methoden der Raubritter aus, um ihn gerade in einem solchen Augenblick zu überraschen. Auch Chruschtschew ist aus solchem Holz geschnitten, und er bewies das schon mehrmals in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika.

Es müssen also andere Gründe sein, die ihn zur Vorsicht und sogar zu einem Unterbruch der Sondierungsgespräche mit den

Amerikanern veranlassen, um dann erst einen zweiten Anlauf zu nehmen und so auf Zeitgewinn zu spielen. Der plausibelste Grund ist der, daß er noch immer auf die Konzessionen des Westens wartet und vielleicht jetzt insgeheim hofft, Kennedy erhalte viel zu wenig Stimmen und werde dadurch in seinem Widerstand in Berlin geschwächt. Aber das mag nur einer der verschiedenen Faktoren sein. Anscheinend hat sich Chruschtschew von der Idee einer mit viel Lärm aufgezogenen Friedenskonferenz zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der DDR losgesagt, weil ihm ein solches Unternehmen im Augenblick eher Prestigeverluste als irgendwelchen politischen Gewinn einbringen kann. Sämtliche sowjetischen Initiativen, die darauf gerichtet waren, daß man auf einer solchen Konferenz den verzauberten Kreis der Ostblockländer endlich sprengt und dem Ulbrichtstaat auch nichtkommunistische Länder als Partner sichert, sind erfolglos geblieben. Sogar Jugoslawien weigert sich systematisch, den Sowjets ein Versprechen für die Honorierung eines solchen Friedensvertrages zu geben. Auch von den Entwicklungsländern liegt bisher keine einzige zustimmende Erklärung vor. So würde die sowjetische Initiative zur Einberufung einer Friedenskonferenz für Deutschland — was praktisch nur für Ostdeutschland gelten würde — mit einer großen Blamage enden und darüber hinaus in der zweiten Runde die Gefahr eines militärischen Konfliktes mit den Westmächten heraufbeschwören.

Indem aber Chruschtschew jetzt wiederum einige Monate Pause verkündet, spekuliert er darauf, daß im Westen ein Aufatmen anhebt und dadurch die Wachsamkeit sowie der Abwehrwille nachlassen werden. In einer solchen Situation kann man später einmal wieder die Salamtaktik ansetzen, obwohl es diesmal schon schwieriger damit bestellt sein wird, weil man praktisch die Scheiben abschneiden muß, bei denen man sich in die eigenen Finger schneiden kann. Das «kubanische Moratorium» hat also für Chruschtschew einen doppelten Wert: es befreit ihn von den gefährlichen Entschlüssen und schafft zugleich ein Übergangsstadium, in dem

die Westmächte den Schmerz der Auflösung der sowjetischen Kommandantur in Berlin vergessen können. In der russischen politischen Ausdrucksweise ist das die berühmte «pjeredischka» — die Atempause, die schon von den Zaren und ihren Generälen bei jedem expansionistischen Unternehmen sowohl in Europa als auch in Asien angewandt wurde. Nach ihr kamen aber abrupte Aktionen, blitzartige Vormärsche oder überraschende Annexionen. Diese Lehren der Ge-

schichte sollte man auch bei dem kuriosen «kubanischen» Moratorium Chruschtschews nicht vergessen. Denn trotz der spektakulären Verlagerung der Gewichte in die westliche Hemisphäre bleibt der Schwerpunkt des Weltkonfliktes nach wie vor im geteilten Berlin. Hier werden sich solche Alternativen wie: Krieg oder Frieden, weiteres Vordringen der russischen Expansion oder eine Gegenoffensive des Westens entscheiden.

Alexander Korab

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Manöver

Auf keinem Gebiet ist das atemberaubende Tempo des technischen Fortschritts so augenfällig wie auf dem der militärischen Rüstung. Bei den langen Lieferfristen sind die Kampfflugzeuge meist schon am Tage ihres ersten Einsatzes veraltet oder doch teilweise überholt. Und was heute als höchste Errungenschaft gilt, ist es schon morgen nicht mehr. Diese beklemmende Entwicklung wurde in den letzten Wochen der schweizerischen Öffentlichkeit besonders eindrücklich in Erinnerung gerufen. Der Zufall wollte es, daß die großen Manöver des 3. Gebirgsarmee Korps in die Zeit des 50. Jahrestages der denkwürdigen «Kaisermanöver» von 1912 fielen. Die Bilder vom «Feldherrenhügel» bei Kirchberg im Toggenburg weisen in eine Epoche zurück, die uns, militärisch gesehen, als idyllisch vorkommt und gefühlsmäßig viel weiter entfernt erscheint, als sie es in Tat und Wahrheit ist.

Eines aber ist offensichtlich gleich geblieben. Große Manöver sind mit und ohne Kaiserbesuch ein Ereignis für die schweizerische Öffentlichkeit. Das war auch in den letzten Augusttagen nicht anders. Die Verkehrsbehinderungen durch Militärtransporte wurden diszipliniert und ohne Aufhebens in Kauf

genommen. Und mehr noch als das: Der Verlauf der «Kampfhandlungen» wurde von weiten Kreisen interessiert mitverfolgt. Dabei schwang naturgemäß immer wieder die Frage mit, wieweit solche Übungen und der damit verbundene Einsatz an personellen Kräften und volkswirtschaftlichen Mitteln im Atomzeitalter noch realistisch seien.

Es hat in den Debatten der letzten Jahre um die Verteidigung der freien Welt Phasen gegeben, während denen einflußreiche Persönlichkeiten und Gruppen, ja sogar verantwortliche Regierungen dazu neigten, diese Frage zu verneinen. Die Strategie der atomaren Abschreckung schien die konventionellen Verteidigungsmethoden ad absurdum zu führen. Inzwischen hat man fast allgemein eingesehen, daß die konventionellen Waffen gerade in einer Situation, die durch das atomare Gleichgewicht zwischen den großen Militärblöcken gekennzeichnet ist, von großer Bedeutung sein können. In der Septembernummer der Berliner Zeitschrift «Der Monat» (Nr. 168) läßt der ehemalige Verteidigungsminister der Labour-Regierung, John Strachey, seinen klugen Aufsatz über «Eine neue Nato-Strategie?» in die Schlußfolgerung ausmünden: «Es gibt keinen Ersatz für angemessene konventionelle Stärke; wer das nicht glauben will, wird nur erleben müssen, wie er Schritt für Schritt vor Forde-

rungen zurückweicht, die der Gegner sorgfältig unterhalb der Ebene halten wird, auf welcher der Griff zur Atomwaffe erst glaubwürdig erscheint.» — Für den Kleinstaat gelten auch auf militärisch-strategischem Gebiet andere Grundsätze als für die «Großen». Solche Äußerungen von kompetenter Seite können uns aber trotzdem nicht gleichgültig sein. Sie bestärken uns im Gegenteil in der Überzeugung, daß unsere Rüstungsanstrengungen auch heute nicht nur politisch notwendig, sondern militärisch effektiv sind.

Wechsel im Bundesrat

Am 4. September wurde bekanntgegeben, daß Bundesrat Jean Bourgknecht seine Demission eingereicht habe. Obwohl man schon seit längerer Zeit hatte annehmen müssen, daß der Chef des Finanz- und Zolldepartements nicht mehr in sein Amt zurückkehren könne, war die Bestürzung in der Öffentlichkeit groß. Sie galt dem Verhängnis, das seit einigen Jahren über unserer obersten Landesbehörde zu walten scheint. Die nicht mehr abreißende Reihe von gesundheitlichen Schädigungen der höchsten Magistraten, bei der kaum noch von Zufall gesprochen werden kann, muß in der Tat zu denken geben. Das Mitgefühl des Volkes gilt aber auch der Person des scheidenden Bundesrates. Er hat durch seine Tätigkeit vielleicht nicht die Verehrung, sicherlich aber die hohe Achtung der Öffentlichkeit gefunden, wie sie nur der echten, von Verantwortungsbewußtsein und Entschlußkraft geprägten staatsmännischen Persönlichkeit zuströmt. Er war nicht nur der bundesrätliche Finanzexperte. Als Sproß eines alten Geschlechts einer traditionsreichen Stadt hatte er auch einen wachen Blick für fragwürdige Tendenzen in Staat und Gesellschaft überhaupt und nahm unverblümt und unerschrocken zu ihnen Stellung. Sein finanzpolitisches Erbe muß angesichts der jäh abgebrochenen Amtszeit notwendig fragmentarisch bleiben. Was aber in der Erinnerung haften wird, das ist seine in beispielhafter Art auf die größeren Zusammenhänge ausgerichtete Auffassung vom Amt des höchsten Magistraten.

Ein rein wirtschaftliches Problem?

Wenn diese Rundschau gedruckt wird, ist die Audienz in Brüssel zur Begründung des schweizerischen Gesuchs um eine Assoziation mit der EWG vorüber. Die vorübergehend aus guten Gründen gepflegte Zurückhaltung in der öffentlichen Diskussion wird hinfällig geworden sein. Und die Wiederbelebung der Integrationsgespräche wird hoffentlich in noch vermehrtem Maße das Interesse weiterer Kreise wecken. Denn wenn auch von unsern bundesrätlichen Sprechern immer wieder mit Nachdruck betont worden ist, daß es für die Schweiz darum gehen müsse, eine auf das Wirtschaftliche beschränkte Verbindung mit der politisch profilierten EWG zu finden, so kann das doch nicht heißen, daß die ganze Problematik rein wirtschaftlicher Art sei. Wirtschaft und Politik lassen sich im modernen Industriestaat nicht mehr säuberlich voneinander trennen. Rein wirtschaftlich konzipierte Maßnahmen können weittragende politische Folgen haben und umgekehrt. In der Integrationsdebatte darf mit andern Worten das Verhältnis von Staatsstruktur und Wirtschaftsordnung nicht ausgeklammert werden. Es muß im Gegenteil im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen.

Welch schwerwiegende Fragen staatspolitischer Art sich in diesem Zusammenhang ergeben können, geht aus einem Referat von Bundesrat von Moos hervor, das er unter dem Titel «Staatsrechtliche Überlegungen zur Integration» an der «Internationalen Bodensee-Tagung christlicher Politiker» am 16. Juni 1962 in Vaduz gehalten hat. Darin kommen die staatsrechtlichen Probleme prägnant zum Ausdruck, wie sie sich aus der besonderen Struktur der Referendumsdemokratie ergeben. Die formelle Anpassung eines Assoziationsvertrags an das Landrecht — und umgekehrt — dürfte nicht leicht fallen. Und die von Bundesrat von Moos angedeutete Möglichkeit, den Vollzug eines solchen Abkommens um der größeren Beweglichkeit und Speditivität willen dem Bundesrat zu übertragen und damit dem Referendum zu entziehen, bedarf noch genauester Prüfung. Dr. Kurt Reichlin hat das Problem in einem

lesenswerten Aufsatz «Assoziation und Organisation der Rechtssetzung in der direkten Demokratie» (erschieden in Nr. 18/1962 des Schweiz. Zentralblatts für Staats- und Gemeindeverwaltung) analysiert und meldet in diesem Zusammenhang sehr beherzigenswerte Bedenken an.

Ein Scherbenhaufen

Die Verhandlungen um die Revision des Bundesgesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung sind in eine Sackgasse geraten. Im Ständerat war bekanntlich kein Beschluß zustande gekommen. Der Bundesrat wurde vielmehr beauftragt, in einer weiteren Begegnung der «feindlichen Gruppen», der Ärzte- und Kassenvertreter, eine Annäherung der Standpunkte anzustreben. Diese direkten Kontakte sind inzwischen eingeleitet und ergebnislos abgebrochen worden. Der Gegensatz läßt sich auf einen Nenner bringen: Die Kassenvertreter wollen die Tarife nivellieren und damit den eigenen Einfluß vergrößern. Die Ärzte wollen differenzieren und verteidigen damit ein Stück Freiheit in der Überzeugung, daß dies zum Wohl des Patienten geschehe. Es liegt klar auf der Hand — der Ton, in dem die Auseinandersetzung geführt wird, bringt das kraß zum Ausdruck —, daß es hier nicht nur um Tariffragen im engeren Sinn, sondern um grundsätzliche sozialpolitische Konzeptionen geht. Auf seiten der Kassen scheint es Exponenten zu geben, denen als ideale Lösung ein staatlicher Gesundheitsdienst vorschwebt, wobei die Ärzte zu Staatsangestellten degradiert würden. Die Ärzteschaft ihrerseits wehrt sich gegen eine solche Entwicklung nicht nur aus materiellen, sondern auch aus sachlichen und ideellen Gründen, weil sie überzeugt ist, daß eine möglichst individuell gestaltete ärztliche Betreuung nach wie vor die fundamentale Voraussetzung des Heilungserfolgs darstellt. Zur freien Gesellschaft gehört der freie Arzt.

Der Ständerat hat die grundsätzliche Bedeutung des Streitfalls erkannt und entsprechend gehandelt. Es bleibt zu hoffen, daß das Traktandum nicht zu stark in den Schatten anderer Geschäfte gerät. Es bedarf der Aufmerksamkeit aller Kreise.

Fragwürdiges Umwälzverfahren

Die Kommission des Nationalrates für die Vorbereitung des Milchbeschlusses schlägt vor, daß die auf den 1. November vorgesehene Milchpreiserhöhung teilweise auf die Bundeskasse abgewälzt werde. Dies entspricht einer bald geradezu traditionellen Praxis. Die Gralshüter einer sehr spezifisch gearteten «sozialen Wohlfahrt» haben es sich angewöhnt, auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Preispolitik unter mächtigem Publizitätsaufwand Rappenspalterei in großem Stil zu betreiben. Es wird gekämpft, als ginge es darum, der Mehrheit des Volkes das Existenzminimum zu sichern. Mutet es aber nicht grotesk an, wenn in einer Zeit, da zu diesem Existenzminimum die Motorisierung und das Fernsehen zu gehören scheinen, bei einer zugegebenermaßen legitimen Anpassung des Produzentenpreises der Milch postwendend die Bundeskasse bemüht wird? Diese Art von «Umwälzung» ist nicht nur konjunkturpolitisch, sondern überhaupt unsinnig. Sie ist von der merkwürdigen, aber sehr verbreiteten Zwangsvorstellung diktiert, daß es dem Volk um so besser gehe, je größer der Anteil des Sozialprodukts sei, der durch die Staatskasse eingesammelt und neu verteilt werde. Da die Bundesaufgaben auf diese Weise unnötig anschwellen, die Einnahmen künftig als Folge des durch die Integration bedingten Zollabbaus aber zumindest relativ rückläufig sein dürften, wird eine solche Politik letzten Endes notwendig die Erhebung von direkten Bundessteuern zur Folge haben.

Abbau und Ausbau bei der PTT

Der geplante Leistungsabbau bei der Post gibt gegenwärtig viel zu reden und zu schreiben. Mit Recht, denn eine nicht nur reibungslos, sondern vorbildlich funktionierende PTT gehörte bisher zu den Parade- stücken unseres Landes. Hier scheint sich eine Veränderung abzuzeichnen. Der Leistungsabbau beschränkt sich nämlich nicht nur auf die geplante Streichung der dritten Postzustellung. Er macht sich auch in einer

abnehmenden Zuverlässigkeit bemerkbar. Was früher Seltenheitswert hatte, wird zur täglichen Erscheinung: Fehlleitungen und andere Fehlleistungen häufen sich. Man wird dies nicht der Verwaltung zur Last legen dürfen. Als personalintensive Dienstleistungsbetriebe mit wenig elastischer Lohngestaltung leiden die PTT besonders stark unter den sattsam bekannten Begleiterscheinungen der Hochkonjunktur. Das darf aber nicht bedeuten, daß man nun einfach den Weg des geringsten Widerstandes geht. Warum hat man zum Beispiel die Frage der Einstellung weiblicher Briefboten stillschweigend aus Abschied und Traktanden fallen lassen, als sich der Personalverband regte? Es ist außerdem schwer verständlich, daß bei gleichzeitigem Abbau verschiedener Leistungen, die zum gesetzlich umschriebenen Auftrag der Post gehören, offensichtlich ein Ausbau jener Sparte erfolgt, die eine fragwürdige Konkurrenzierung von Privatunternehmen darstellt: Ist die Intensivierung der stark propagierten «Ferienreisen mit Postautos» wirklich eine vordringliche Aufgabe im öffentlichen Interesse?

«Was die Politiker zu gering schätzen»

Unter diesem Titel befaßte sich ein Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. August mit den bedrohlichen Problemen der Luft- und Wasserverschmutzung. «Innenpolitik — das scheint bei uns Steuer, Konjunktur, Beamtenbesoldung, Straßenbau und Fernsehen zu sein. Darüber ereifert man

sich, damit geht man vor die Wähler, dafür schafft man Gesetze und Behörden, und dafür überzieht man auch die öffentlichen Haushalte. Diese Aufgaben sind einem immer redliche Mühe, oft eine Messe und manchmal eine Sünde wert. Aber ob unsere Luft und unsere Gewässer sauber sind, ob man in unseren Städten nicht nur komfortabel, sondern auch menschenwürdig leben kann, ob unsere Landschaft den gejagten Städtern noch ein Asyl zu bieten vermag — damit hält man sich nicht lange auf. Das sind allenfalls Verlegenheitsthemen. Ein seltsam verengter Begriff von Politik bestimmt unser politisches Leben, und der enge Begriff verkleinert wiederum das Blickfeld.» Es ist in der Tat so, daß dem Gebiet des Gewässerschutzes und verwandter Fragen noch immer nicht die nötige Aufmerksamkeit zugewendet wird. Nicht allein die Politiker gehen, von einigen Ausnahmen abgesehen, merkwürdig lustlos an die schicksalsschweren Probleme heran. Man kann auch der Gerichtsbarkeit den Vorwurf einer zögernden Haltung nicht ersparen. Immer wieder liest man von Gefährdungen des Grundwassers durch fahrlässige Handlungen. Wer aber hätte je davon gehört, daß die Fehlbaren gerichtlich belangt worden wären. Ohne klare staatliche Vorschriften und ohne die entsprechenden strafrechtlichen Sanktionen kann hier kaum noch Abhilfe geschaffen werden. Für beides besorgt zu sein ist in erster Linie Pflicht von Behörden und Parlamenten als den Verwaltern des öffentlichen Wohles. Was jetzt versäumt wird, ist vielfach später nicht mehr nachzuholen.

Spectator

Internationale Wirtschaftsprobleme

Zwecklos ist es, aus dem Inhalt der ökonomischen Presseorgane in der Berichtszeit von Juni bis August 1962 eine Zwischenbilanz für den augenblicklichen Stand der *europäischen Integration* ziehen zu wollen. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit ist in dieser Hinsicht lückenhaft und auf willkürliche Informationen angewiesen. Je näher das Ziel einer Verständigung zwischen Großbritannien und der EWG heranrückt, desto höher türmen sich wie auch sonst bei handelspolitischen Auseinandersetzungen die Hürden, die es zu überwinden gilt. Sie sind dem Handelspolitiker als Quotenkämpfe vertraut. Unter solchen Umständen können wir uns heute darauf beschränken, die Aufmerksamkeit der Leser nur auf die folgenden Artikel zu lenken: In gewohnt ansprechender Weise äußert der «Wochenbericht» des Bankhauses Bär am 5. 7. «kritische Gedanken zur Integrationsfrage», und der «Economist» bezeichnet im Leitartikel vom 7. 7. insbesondere die «declaration of interdependence» des amerikanischen Präsidenten als günstiges Omen für den Eintritt Englands in den Gemeinsamen Markt. Der ökonomische Berater der Bank von Brüssel, Alexander Lamfalussy, analysiert im New Yorker Wirtschaftsmagazin «Challenge» (Juli) die Fortschritte, die von den Ländern der EWG nach dem Kriege gemacht wurden. Recht lesenswert ist in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» («SAZ») vom 12. 7. die Zusammenfassung der «Integration und Hochkonjunktur» betitelten Präsidentialadresse von Generaldirektor Dr. h. c. A. Dubois an die letzte Delegiertenversammlung des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen. Endlich befaßt sich die Wiener «Industrie» am 3. 8. mit den Anträgen Österreichs und Schwedens vom 28. 7. auf Assoziierung an die EWG. — Über «Kennedys Außenhandelsvorlage» als Basis für die *atlantische Partnerschaft* läßt sich die «NZZ» am 30. 6. (Nr. 178) aus Washington informieren. Auch der «Economist» stellt am 14. 7. die Frage:

«Europa oder Atlantis?», und am 11. 8. zeichnet er aus den vier Hauptstädten London, Brüssel, Paris und Bonn ein Stimmungsbild der dortigen Beurteilung der Lage nach der Unterbrechung der Verhandlungen Englands mit der EWG am 5. 8. Prof. Dr. Robert G. Wertheimer (Cambridge in Mass.) prüft im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Juli die Einstellung der USA zum Gemeinsamen Markt.

«Von der Dillon-Runde zum Kennedy-Plan» nennt die «Schweizerische Handelszeitung» («SHZ») am 26. 7. die Etappen, die das *GATT* als Arbeitsphasen zu durchlaufen hat. — Auf dem Gebiete des *Kapital- und Geldmarktes* werden in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» («Kreditwesen») am 1. 7. von Dr. G. Jaquemet (Zürich) die «Ertragsrechnungen der europäischen Notenbanken» miteinander verglichen. Die «Neuen Finanzbriefe» enthalten am 16. 7. eine Ausarbeitung von Dr. W. Ringleb über die möglichen Folgen, die mit Erfüllung der Forderung nach einer Erhöhung des Goldpreises verbunden sein müßten. Im «Wochenbericht» von Bär findet man am 2. 8. eine interessante Kennzeichnung der Beziehungen zwischen «Börse und Wirtschaft». — Ein Sonderheft des deutschen «Arbeitgebers» vom 20. 7. behandelt im *sozialpolitischen Bereich* das aktuelle Thema der «Arbeitsbewertung und Lohnfindung» in ihren vielschichtigen Wechselwirkungen. Die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» («Monatsblätter») preisen auf der Titelseite ihrer Augustausgabe, unter Veröffentlichung eines Porträts, Prof. Fritz Marbach als Förderer einer Befreiung der schweizerischen Gewerkschaften aus der Marxschen Kampfideologie. — Die Zweifel der Wirtschaftspresse an der Zweckmäßigkeit der *Entwicklungshilfe* in ihrer gegenwärtigen Form der Anwendung wachsen. So befaßt sich die «Wirtschaftsrevue» in ihrer Juniausgabe kritisch mit dem Erfolg der Entwicklungshilfe in Ghana und Nigeria. Auch die Wiener «Industrie» legt am 27. 7. den Finger auf die «fragwürdigen Wirkungen der Entwick-

lungshilfe». — *Im übrigen* enthalten sowohl diese eben genannte Wiener Zeitschrift am 13. 7. ebenso wie «La Suisse Horlogère» («Horlogère») Hinweise auf das Kapitel: Kartelle, auf das auch vom gewerblichen Standpunkt aus ein Referat von Dr. Otto Fischer (Bern) in der «Gewerblichen Rundschau», Heft 2, eingeht. Das Fasc. 3 (1962) des «Kyklos» wird mit einer Niederschrift aus der Feder von Prof. Stephen Enke (Durham USA): «Wohlstand und Handel» eingeleitet. Die in Kiel erscheinende «Weltwirtschaft» vermittelt in ihrem vor kurzem herausgegebenen Heft 1 von 1962 wieder einen fundierten Überblick über die Wirtschaftslage in der Welt und in 10 Ländern.

Von der Schweizer Wirtschaft und ihren Problemen

Wenn wie diesmal, wohl auch bedingt durch die Sommerpause, die Berichterstattung der ökonomischen Presse über internationale Wirtschaftsfragen magerer ausgefallen ist als gewohnt, so sind dafür Betrachtungen über die *Schweizer Wirtschaft und ihre Probleme* mehr in den Vordergrund getreten. «Streiflichter zum wirtschaftlichen Wachstum der letzten zehn Jahre» werden in der «SAZ» vom 14. 6. gezeigt; auch erläutert in dieser stets vielseitig orientierenden Zeitschrift Prof. Dr. Knechaurek (St. Gallen) am 28. 6. und 5. 7. «Struktur- und Entwicklungsprobleme der schweizerischen Volkswirtschaft». Der «Konjunkturverlauf im 1. und 2. Quartal 1962» beschäftigt das «Archiv für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» im Juli bzw. die «SAZ» am 2. 8. Die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» prüft am 14. 7. die Frage, ob ein «neuer Trend in der Konjunkturentwicklung» zu verzeichnen ist. «Betrachtungen zur Wirtschaftslage» stellt die «Schweizerische Politische Korrespondenz» am 7. 8. an. Derartigen Überlegungen verleiht auch Bernd W. Beckmeier (Zürich-Küsnacht) in den Spezial-Informationen des «Zürcher Wirtschaftsbriefes» vom 19. 7. Ausdruck. — In der Region des *Außenhandels* besprechen die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz», Nr. 6/7, und «Horlogère» am 12. 7. das am 26. 6. im Rahmen des GATT

abgeschlossene «Zollabkommen zwischen der Schweiz und der EWG». Dieses eben zitierte Presseorgan unterrichtet seine Leser am 19. 7. über «das neue französisch-schweizerische Uhrenabkommen» vom 27. 6. Das starke Defizit im Schweizer Außenhandel während des 1. Semesters 1962 (1923 gegenüber 1483 Mill. Fr. im Vorjahre) bereitet der «SHZ» am 26. 7. Sorge. — In den Arbeitskreis der *Sozialpolitik* führt uns die «Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift», wenn sie im Juli Fürsprecher Dr. Heinz Meyer (Zürich) «die Revision des Krankenversicherungsgesetzes» kommentieren läßt. Die «SHZ» vom 19. 7. und die «Werkzeitung der schweizerischen Industrie», Nr. 7, erinnern an das 25jährige Jubiläum (19. 7.) des Friedensvertrages in der Maschinen- und Metallindustrie. In dieser «Werkzeitung» vom August veröffentlicht Nationalrat Dr. H. Häberlin auch einen Aufsatz mit dem Titel: «Ruhelose AHV». — Wir können darauf verzichten, hier auf die inzwischen überwundene Börsenkrise vom 29. 5. einzugehen; sie hatte seinerzeit in der Wirtschaftspresse des Monats Juni viel Staub aufgewirbelt. Sonst ist in der Domäne der *Finanzen und Steuern* auf die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft aufmerksam zu machen; sie enthalten im Juli eine Skizze über «die schleichende Steuerinflation». Dr. Häberlin preist in seiner «Werkzeitung» vom Juni die «solide Grundlage der Neuordnung im Bundesetat». «Gentlemen's Agreements als Instrumente der schweizerischen Währungspolitik» werden vom «Bulletin», Nr. 3, des Schweizerischen Bankvereins, das «Devisenswap-Abkommen der National- mit der Federal Reserve-Bank» wird von der «NZZ», Nr. 197 vom 21. 7., begutachtet. Über «Aktividenden und Aktienrenditen in der Schweiz» informiert der Artikeldienst Nr. 42 vom 7. 8. der «Wirtschaftsförderung». — *Fernerhin* enthält die «Volkswirtschaft» vom Juli als Beilage die Mitteilung Nr. 154 der Kommission für Konjunkturbeobachtung: «Die Ertragsbilanz der Schweiz im Jahre 1961», und die «SHZ» am 2. 8. ebenso wie «FuW» am 4. 8. beanstanden das starke Defizit (914 Mill. Fr.) dieser Bilanz. In der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirt-

schaft und Statistik» wird als Zentralpunkt ihrer Nr. 2 die Bodenteuerung vom Standpunkt der Industrie (Autor Dr. Christian Gasser, Biel) und der Landwirtschaft (Verfasser Dr. W. Neukomm, Brugg) aus betrachtet. «Erfolgsbeteiligung» bezeichnen die «Wirtschafts-Winke» in Nr. 8 als «zeitgemäßes Mittel der Unternehmungsführung», und «Wege gegen den Gewinnschwund» empfiehlt Dr. Herbert Groß (Düsseldorf) in Nr. 8 von «Wirtschaftsdienst — Betriebsführung». Die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» publiziert am 18. 8. Betrachtungen von Prof. Dr. A. Gutersonn zu der Frage, ob «auch das Gewerbe wirtschaftswissenschaftlichen Beistand nötig hat».

Notizen aus Gebieten politischen oder ökonomischen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa:* Auf die Beteiligung der Deutschen Bundesrepublik an der Entwicklungshilfe deutet ein Bonner Korrespondentenbericht in der «NZZ», Nr. 191 vom 15. 7., hin. — Aufklärende Übersichten über das Bank- und das Versicherungswesen Großbritanniens enthält der «Economist» vom 30. 6. bzw. 21. 7. «Die Entwicklung der britischen Banken während der 1. Jahreshälfte 1962» wird auch in «Kreditwesen» vom 15. 8. und das Verhältnis Englands zur EWG in der «SHZ» vom 16. 8. beleuchtet. — Daß «über Italien die Forderungslawine hängt», meldet die Wiener «Industrie» nicht ohne Bedenken aus Rom am 10. 8. — Innerhalb der nordischen Staaten hat sich zufolge der gleichen Zeitschrift vom 20. 7. eine Abschwächung der norwegischen Konjunktur eingestellt. «Schwedische Einkaufs-Zentren» werden in der «SHZ» vom 12. 7. als zugkräftig geschildert. — Neben den wie stets aufschlußreichen «Informationen aus Österreich» interessiert im deutschen «Volkswirt» vom 13. 7. eine Abhandlung des Wiener Handelsministers Dr. Fritz Bock über «Österreichs Assoziationsprogramm». — Auf die «stabile Finanz- und Währungslage» in Portugal verweist die «NZZ» am 28. 7. (Nr. 204). — Am 31. 7. (Nr. 207) verbreitet

sie sich auch über «die Struktur- und Konjunkturprobleme Spaniens». Ein Bericht der Weltbank zur spanischen Wirtschaftsentwicklung wird von «FuW» am 18. 8. stark beachtet.

2. *Aus der übrigen Welt:* Im Zuge ihrer stetigen Anteilnahme an den Vorgängen in Argentinien zollt «FuW» am 14. 7. dem Kampfe des dortigen Wirtschaftsministers Alsogaray gegen den Währungszerfall ihre Anerkennung, und sie berichtet am 25. 7. von «der Dollarsuche in Argentinien». — Im «Kyklos», Fasc. 3, äußert sich Schlomo Riemer aus Jerusalem gründlich über die Motive zur «Abwertung des israelischen Pfundes am 9. 2. 1962». — «Kreditwesen» veröffentlicht am 15. 7. einen Artikel über die japanische Börsenreform. — Es ist aktuell, den «Economist» einzusehen, der am 7. 7. einen Überblick gibt über die Bemühungen von Nigeria, Stabilität in die Entwicklung des Landes zu bringen. Die «Neuen Finanzbriefe» sehen am 8. 8. in Nigeria «ein künftiges Industriezentrum».

Wirtschaftsinformationen über die USA

Die Vertrauenskrise in Amerika wird vom «Economist» am 23. 6. aufmerksam beobachtet. Im «Börsen-Bulletin» der Schweizerischen Volksbank, Nr. 6, liest man eine Betrachtung über «die Baisse an der New-Yorker Börse». Auch der «Economist» verbreitet sich am 9. 6. über «Wall Street und der Dollar». Im «Challenge» vom Juni bringt Imanuel Wexler seine Gedanken über die Hilfe für Dollar und Sterling zu Papier, die von der erstarkten EWG zu erwarten sei. Der «Wochenbericht» von Bär beantwortet am 16. 8. die Frage, «woher die amerikanischen Zahlungsbilanznöte rühren». Der «politische Sieg» Kennedys über die Stahlindustrie im April und seine Folgen werden von den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» im Juli erforscht. «Kennedy steht vor schwierigen wirtschaftspolitischen Operationen»; so meint die Hamburger «Zeit» am 10. 8.

Auf die Wirtschaft im *gesamten Ostblock* bezieht sich der Leitartikel des «Economist» vom 16. 6.: «Integration nach östlicher Art». — Die *Sowjetunion* speziell tritt uns in einem Beitrag zum deutschen «Arbeitgeber» vom 20. 6. entgegen: «Chruschtschews Ablenkungsangriff gegen die EWG». Ein Artikel von H. B. Sand in «Osteuropa-Wirtschaft», Heft 2, erörtert «das Wachstum der sowjetischen Industrieproduktion»; der amtliche Index gibt dazu in Moskau die folgende Zahlenreihe an:

Jahr	1950	1951	1953	1955	1956	1958	1959
Ind.-Ziff.	100	116	145	185	205	248	277

Zu den «Schwierigkeiten der dezentralisierten Wirtschaftsplanung» in *Jugoslawien* ergreift an Hand eines Berichtes der OECD die «NZZ» am 8. 7. (Nr. 184) das Wort. — Vom «totalen Planfiasko in der *Tschechoslowakei*» weiß die Wiener «Industrie» am 24. 8. zu schreiben.

Für eine gemeinsame Politik der freien Welt im *West-Ost-Handel* plädiert der deutsche «Volkswirt» am 22. 6. Prof. Dr. Kneschaurek referiert in einem Vortragszyklus, organisiert von der Handelshochschule St. Gallen, über den «wirtschaftlichen Wettlauf zwischen West und Ost» (vgl. «NZZ», Nr. 176 vom 30. 6.).

Für Kenner kommunaler Probleme ist auch heute wieder die Münchner «Zeitung für kommunale Wirtschaft» beachtlich; sie hat im Juni das Wasser, im Juli das Gas und im August den elektrischen Strom zum Leitmotiv ihrer Ausgabe. In den «Monatsblättern» vom Juli schreibt deren Herausgeber, Dr. Volkmar Muthesius, über das aktuelle Thema: «Politisierung der Wirtschaftswissenschaften». Im herrschenden Zeitalter der zweiten industriellen Revolution widmet sich mit einer Sonderausgabe die immer bemerkenswerte «Revue Economique Franco-Suisse», Nr. 2 von 1962, in Beiträgen berufener Autoren dem Stoffe: «Der Mensch von morgen»; insbesondere verdient eine Aussprache mit dem Delegierten des Bundesrates für Arbeitsbeschaffung, Fritz W. Hummler, über «schweizerische Probleme von heute und morgen» allgemeine Aufmerksamkeit. Der «Wochenbericht» von Bär empfiehlt sich am 26. 7. mit einer Glosse: «Das große Welttheater (unser ganzer Alltag ist ein Theater)» als geeignete Ferienlektüre. Für technisch beschlagene Leser bietet schließlich das Heft 2 (Juli/August) der «Industriellen Forschung» wieder anregende Berichte von Erfahrungen im gewerblichen Fertigungsprozeß.

Geschrieben anfangs September 1962.

Hans Posse